

AfD

Wenn Arbeiter rechts wählen

29. August 2025, 12:00 Uhr | Lesezeit: 7 Min. | [Kommentare](#)

(Foto: Collage: Felix Hunger; Imago)

KI

Zusammenfassung



Keine Partei kommt bei Arbeiterinnen und Arbeitern so gut an wie die AfD. Woran liegt das? Eine Spurensuche.

Von Benedikt Peters



Anhören



Merken



Teilen



Feedback



Drucken

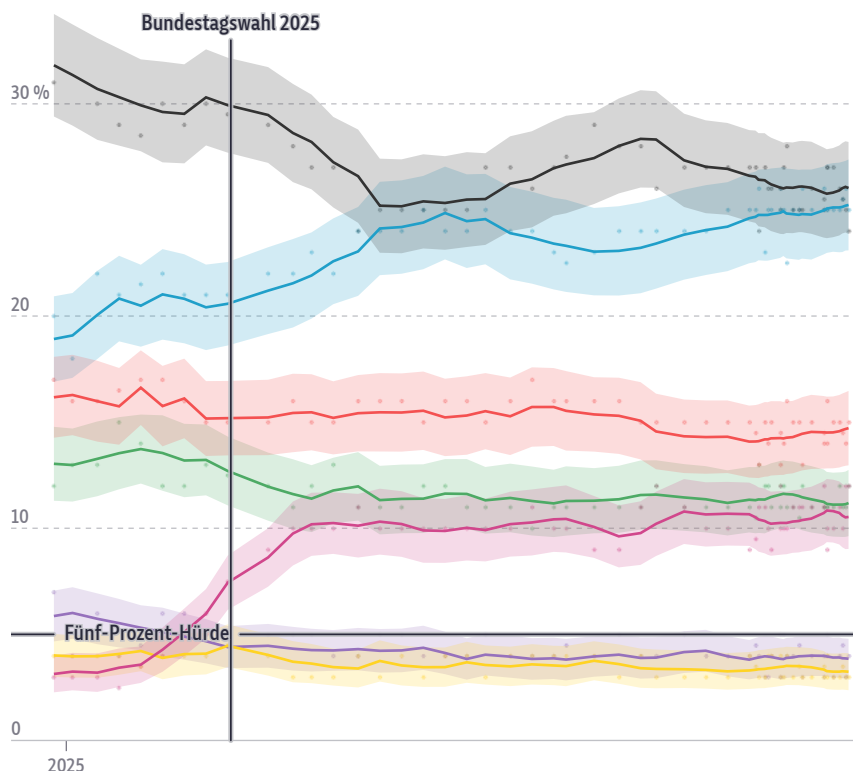
Wenn in Deutschland in letzter Zeit eine Wahl stattfand, dann bot sich noch am Abend, als die Hochrechnungen kamen, ein Rätsel. So war es nach der Europawahl im Mai vorigen Jahres, nach den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg im vergangenen Herbst, nach der Bundestagswahl im Frühjahr. Man muss kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass das Rätsel auch bei den demnächst anstehenden Abstimmungen, etwa bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und der Landtagswahl in Baden-Württemberg, wieder auftauchen wird. Es lautet: Die stärkste Partei bei Arbeiterinnen und Arbeitern ist die AfD.

In Brandenburg, Sachsen und Thüringen wählten fast 50 Prozent derjenigen, die sich der Arbeiterklasse zugehörig fühlen, die mindestens in Teilen rechtsextreme Partei. Bei der Bundestagswahl waren es 38 Prozent, bei der Landtagswahl in Hessen vor zwei Jahren 40 Prozent. Die AfD habe sich „als Arbeiterpartei etabliert“, heißt es in Medienberichten und Analysen, sie habe SPD und Linke längst abgelöst. Für die SPD stimmten bei der Bundestagswahl 12 Prozent der Arbeiter, für die Linke 8 Prozent. Die Frage ist: Wie kann das sein?

Umfragen zur Bundestagswahl

Mittelwerte der aktuellen Umfragen
(Stand: 10.09.2025)

Union	24-28 %	AfD	23-27 %	SPD	13-16 %
Grüne	10-13 %	Linke	9-12 %	BSW	3-5 %
FDP	2-4 %				



Ein Blick in die Wahlprogramme der AfD jedenfalls bietet keine zufriedenstellende Antwort. Die Partei tritt nicht für einen höheren Mindestlohn ein, anders als SPD und Linke. Sie will die Erbschaftsteuer abschaffen, und von ihren Steuerplänen insgesamt würden Großverdiener deutlich stärker profitieren als Arbeiter und einfache Angestellte. Was macht die AfD dann für die Arbeiterschaft so attraktiv?

Darüber mit Arbeiterinnen oder Arbeitern zu reden, ist gar nicht so einfach. Auf eine Vielzahl von Anfragen, über Facebook, X und Instagram, über Bekannte, Betriebsräte und Gewerkschaftskreise, kommt kaum etwas zurück. Die einen antworten erst gar nicht, die anderen sagen diskret ab, da sie als AfD-Wähler nicht in der Zeitung stehen wollen. Da ist ein großes Schweigen, und das verrät womöglich auch schon etwas über die Lage im Land. Eine Frau, die auf X für die AfD wirbt, lässt ihre „Bubble“ darüber abstimmen, ob sie einem SZ-Reporter eine Anfrage „gestatten“ soll. „Niemals“, schreibt ein Follower mit einem Profilbild in Deutschlandfarben, und das ist dann auch das Ergebnis.

Der Verein „Zentrum“ will den etablierten Gewerkschaften Konkurrenz machen

Einer, der dann doch reden will, ist Jens Keller. Keller, Jahrgang 1975, fährt Müllwagen bei der Stadt Hannover, und er wählt die AfD nicht nur, er sitzt für die Partei auch im Stadtrat. Seit vier Jahren ist er der Chef der dreiköpfigen Fraktion.

Keller ist ein schwieriger Gesprächspartner. Früher einmal war er bei Verdi, inzwischen ist er ausgetreten und engagiert sich im rechtsgerichteten Verein „Zentrum“, der den etablierten Gewerkschaften Konkurrenz machen will. Der Vorsitzende des „Zentrums“, Oliver Hilburger, ist ein früherer Rechtsrocker und gilt in der rechtsextremen Szene als gut vernetzt. Keller hat in dieser Hinsicht keine Berührungsängste, das gilt auch für die Mitglieder der eigenen Partei, die rechts außen sind. Am Telefon erzählt er, dass er vor drei Jahren auf einer Tagung den thüringischen AfD-Chef Björn Höcke getroffen und ihm die Hand geschüttelt habe, er findet bis heute nichts dabei.



Jens Keller fährt Müllwagen – und sitzt für die AfD im Stadtrat von Hannover.
(Foto: AfD Hannover)

Doch Keller ist nicht nur ein Arbeiter, er kommt auch bei vielen Arbeitern an. Vergangenes Jahr, als sein städtisches Entsorgungsunternehmen Personalräte wählte – so heißen im öffentlichen Dienst die Betriebsräte –, bekam er die meisten Stimmen. Sein Engagement in der AfD war da längst öffentlich, die Kolleginnen und Kollegen schreckte das nicht ab. Es lohnt sich also womöglich, sein Weltbild ein wenig zu verstehen.

Er habe die AfD schon kurz nach ihrer Gründung interessant gefunden, erzählt Keller, weil die Kritik am Euro ihn überzeugte, später auch die Kritik an der Merkel'schen Migrationspolitik. Er sei nicht grundsätzlich gegen Einwanderung, aber es sei damals einfach zu wenig geprüft worden: „Wer kommt überhaupt zu uns?“

Das große Thema aber, über das Jens Keller am längsten spricht, ist ein anderes. Es gebe zu viele Menschen in Deutschland, die hart arbeiteten und kaum über die Runden kämen, sagt er, und das Beispiel, das er vor Augen hat, sind seine Eltern. Mehr als vierzig Jahre hätten die beiden geschuftet, er die meiste Zeit im Stahlbau, sie in der Altenpflege. Der Vater habe eine Lungenerkrankung, die Mutter leide an Multipler Sklerose. Sie hätten nur eine kleine Rente, müssten dennoch Krankenkassenbeiträge bezahlen – und dann seien da auch noch hohe Zuzahlungen zu ihren Medikamenten und Krankenfahrten, welche die Kasse nicht übernehme. „Und da frage ich mich schon“, sagt Keller, „warum wird denn jetzt hier nicht Leuten geholfen, die den Staat mit aufgebaut haben, die für Wohlstand gesorgt haben? Die lässt man jetzt links liegen.“

Es geht um eine soziale Schieflage – und an der sollen nicht zuletzt jene Menschen schuld sein, die von außen kommen

40%

Man nimmt Jens Keller ab, dass er empört ist über die Finanznot seiner Eltern. Er sagt aber auch: Dass die Sozialsysteme nicht mehr funktionierten, seine Eltern also nicht genug aufgefangen würden, liege auch daran, dass in den vergangenen Jahren zu viele Menschen eingewandert seien und nun Sozialleistungen bezögen. Experten sehen das anders: Der Wirtschaftsweisen Martin Werding legte kürzlich eine Analyse vor, derzufolge Integration den Staat anfangs zwar Geld kostet. Langfristig aber profitieren demnach die öffentlichen Haushalte, da mehr und mehr Migranten arbeiten gehen und in die Sozialsysteme einzahlen. Werding beziffert das Einsparpotenzial auf 104 Milliarden Euro jährlich.

Der Soziologe Klaus Dörre hat Erzählungen wie die von Jens Keller schon häufig gehört. Für seine Forschung hat er viele Arbeiter etwa in großen Industriebetrieben interviewt, und dabei, sagt der Emeritus von der Universität Jena, habe sich ein Narrativ immer und immer wiederholt. „Viele Arbeiter sehen sich gewissermaßen am Fuß eines Bergs. Sie möchten sich hocharbeiten, manchen ist das auch schon ein Stück weit gelungen, aber seit Jahren geht es für sie nicht weiter nach vorne.“ Dafür sähen sie unterschiedliche Gründe, sagt Dörre, die Globalisierung, die Euro-Krise, die zeitweise hohen Migrationszahlen oder zuletzt den Ukrainekrieg.

An dieser Stelle, sagt Dörre, setze die AfD an. „Sie hat den früher vorherrschenden Oben-Unten-Konflikt – unten die Arbeiter, oben die Bosse – erfolgreich umgedeutet in einen Innen-Außen-Konflikt.“ Die Trennlinie in diesem Weltbild verlaufe zwischen denen, die lange in Deutschland gearbeitet, eingezahlt und damit Ansprüche auf Leistungen des Staates erworben hätten – und auf der anderen Seite jenen, die erst kürzlich gekommen seien und „nun alles geschenkt bekämen“. Befeuert werde dieses Narrativ, sagt Dörre, auch dadurch, dass der Staat in den vergangenen Jahren Investitionen vernachlässigt habe: „Die Leute haben erlebt, dass für vieles zu wenig Geld da war.“

Das Land marode, es geht bergab – das ist ein dominierendes Gefühl

Das spiegelt sich auch in Jens Kellers Weltbild wider; mit seinem Müllwagen fahre er ständig über kaputte Straßen und marode Brücken, sagt er, und er sei fassungslos gewesen, als sein Sohn vor ein paar Jahren in die Grundschule kam. Es habe durch die Decke geregnet, das Dach sei trotzdem nicht repariert worden, sagt er. Die Eltern hätten die Klassenräume zudem selbst gestrichen, nicht einmal die Farbe sei von der Schule gestellt worden. Die Schulleiterin der betroffenen Grundschule in Hannover teilt auf Anfrage mit, ihr sei nicht bekannt, dass es in Klassenzimmer hineingeregnet habe und nichts repariert worden sei. Die Räume würden regelmäßig gestrichen, zum Teil seien Eltern und Lehrkräfte in Eigeninitiative tätig geworden. „Die Kosten für die Farbe wurde zu jeder Zeit über den Sanierungsetat bereitgestellt.“

50%

Seine Erfahrungen bestärkten ihn in dem Gefühl, sagt Keller, dass es mit dem Land bergab gehe; das sähen auch viele seiner Kolleginnen und Kollegen so. Die Wirtschaft mache ihnen Sorgen, die Rezession, die vielen Stellen, die in den Konzernen gestrichen werden. Keller denkt vor allem an den Autozulieferer Continental, der seinen Sitz bei ihm in Hannover hat und plant, an verschiedenen Standorten weltweit Tausende Jobs abzubauen. Und da sind noch viele andere: VW, Ford, die Autozulieferer ZF und Schaeffler, Bosch, Miele. Die großen Konzerne, die den Wohlstand der alten Bundesrepublik verkörpern, müssen jetzt sparen. Und die Arbeitslosigkeit steigt.

Wenn überall Krise sei – warum solle man es dann nicht mal mit der AfD versuchen?

Die Krise ist also da, keine Frage – aber Keller kann auch nicht schlüssig erklären, warum die AfD imstande sein sollte, sie zu lösen. Analysen von Ökonomen und Wirtschaftsvertretern legen das Gegenteil nahe: Der Verband der Familienunternehmer nennt die AfD unter anderem wegen ihrer EU-skeptischen Positionen „wirtschaftsfeindlich“, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung konstatiert: „Die Wirtschaftspolitik der AfD führt in die Katastrophe.“ Überzeugender findet Keller allerdings etwas anderes: Die AfD sei die einzige Partei, die noch nie regiert habe und von der die Wählerinnen und Wähler noch nie enttäuscht worden seien. Man könne sie es ja mal versuchen lassen, findet er.

Damit steht Keller nicht allein da, sagt Ansgar Hudde. Der Soziologe von der Universität zu Köln hat die Ergebnisse der Bundestagswahl im Frühjahr im Detail analysiert, und er ist sich sicher, dass die Krise und der sich andeutende Umbruch in der Wirtschaft ein Nährboden für die Partei sind. „Je industrieller ein Wahlkreis geprägt ist, umso besser sind die Ergebnisse der AfD.“ In Wolfsburg etwa, bei VW, in Ludwigshafen bei BASF und in Ingolstadt bei Audi legte die AfD überdurchschnittlich stark zu.

Hudde glaubt, das liege daran, dass viele Menschen in diesen Regionen viel zu verlieren hätten. „Sie haben vergleichsweise gute Löhne, aber sie profitieren von einem Wirtschaftsmodell, das stark unter Druck ist.“ Über Jahrzehnte verdienten die deutschen Hersteller Milliarden damit, dass sie ihre Autos in alle Welt verkauften. Nun aber naht der Abschied vom Verbrenner, die Konzerne verlieren Marktanteile an die Konkurrenz aus China und den USA, und überall ist zu lesen, dass es für den Bau von E-Autos ohnehin deutlich weniger Menschen braucht. „Abstiegsängste“, sagt der Soziologe Hudde, „spielen eine bedeutende Rolle, mehr, als dass es den Leuten tatsächlich schlecht geht.“ Die AfD sei in dieser Hinsicht besonders attraktiv, da sie den Klimawandel leugne und den Menschen damit einrede, dass sie sich eigentlich gar nicht verändern müssten.

70%

Jens Keller ist skeptisch, was den Klimawandel angeht, und auch bei einem anderen Thema hat er, vorsichtig ausgedrückt, einen anderen Blick auf die Fakten. Die AfD, sagt er, sei eine konservative und demokratische Partei. Rechtsradikale hätten kaum Einfluss, und es gebe viele kluge Menschen in der Führungsriege der AfD, etwa in der Bundestagsfraktion, die sicherstellten, dass dies auch so bliebe.

Und was ist mit dem Gutachten des Verfassungsschutzes? Dieser hatte im Mai auf 1100 Seiten fremden- und demokratiefeindliche Äußerungen von AfD-Mitgliedern zusammengetragen, darunter sind zahlreiche Angehörige des Parteivorstands und der Fraktionen in den Landtagen und im Bundestag. Der Geheimdienst attestiert der AfD als Ganzes darin eine „verfassungsfeindliche Prägung“ und stuft sie als „gesichert rechtsextremistische Partei“ ein.

Das, sagt Jens Keller, halte er einfach für übertrieben.

© SZ - Rechte am Artikel können Sie [hier](#) erwerben.

Teilen Feedback Drucken

Jetzt kommentieren

Zur SZ-Startseite

Meinung **Demokratie**

Die Lehre aus den Niederlanden: Niemals mit rechts außen koalieren

SZPlus Kommentar von Thomas Kirchner



Lesen Sie mehr zum Thema

Demokratie

AfD

Deutschland

Gewerkschaften

Arbeit und Soziales

Rechtspopulismus

Rechtsextremismus

Leserdiskussion

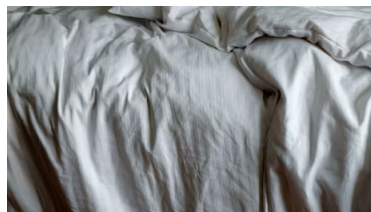
Für Sie ausgewählt



Meinung **Umstrittener Vergleich**

Söders Sexismus schadet der Autoindustrie

SZPlus Kommentar von Joscha F. Westerkamp



Hygiene

Wie oft soll man die Bettwäsche wechseln?

Ist es eine Gefahr für die Gesundheit, wenn Bettwäsche müffelt? Welche Risiken bergen Bakterien, Viren oder Pilze im Schlafzimmer, und was sollten Allergiker



Meinung **Nordrhein-Westfalen**

Die demokratischen Parteien haben den Aufstieg der AfD im Westen selbst begünstigt

SZPlus Kommentar von Björn Finke

80%

beachten? Fragen an den Mikrobiologen
Markus Egert.

SZPlus Interview von Valentina Reese



Haustierfotografie Der Katzenflüsterer

Vor Nils Jacobis Kamera machen Katzen mal nicht, was sie wollen, sondern das, was er will. So entstehen Fotos und Videos, die Hunderte Millionen Menschen sehen wollen. Wie macht er das?

SZPlus



Bayerisches Bier und das Oktoberfest Gibt es auf der Wiesn irgendwann nur noch alkoholfreies Bier?

Das Oktoberfest ist auch ein Aushängeschild für bayerisches Bier. Doch die Branche steckt in der Krise. Der Chef des Brauerbunds über die Bedeutung der Wiesn, alkoholfreie Varianten und zu billiges Bier in Supermärkten.

SZPlus Interview von Astrid Becker



Alkohol ist nicht im Spiel Polizei stoppt verwirrte Autofahrerin in Penzberg

Die 31-Jährige versucht erst vor der Kontrolle zu flüchten, dann erzählt sie, sie sei erst 16 und habe sich verirrt.



Exklusiv Russland

Stets zu Diensten, Herr Putin

Die Brandenburgerin Liane Kilinc hat offenbar viel zu geben: gute Geschichten für Russlands Propaganda, Militärgüter für den Kampf gegen die Ukraine und Informationen für den Geheimdienst des Kreml. Wer ist die Frau, der Putin persönlich zu einem Pass verhalf?

SZPlus Von Marta Ahmedov, Sebastian Erb, Jörg Schmitt, Lina Verschwelle und Ralf Wiegand



Sonntagsfrage So würden die Deutschen wählen, wenn Bundestagswahl wäre

Die Regierungsparteien Union und SPD sind unbeliebt, AfD und Linke gewinnen an Unterstützung. Eine Übersicht zur Wählerstimmung in der Sonntagsfrage in Grafiken.

Von Sören Müller-Hansen und Marko Zotschew



Serie „Call my Agent Berlin“ Sterne über der Spree

Von Paris lernen: Wie die glamouröse Serienadaptation „Call my Agent Berlin“ auch den Deutschen beibringt, ihre Schauspieler zu lieben. Und die gehen dafür voll ins Risiko.

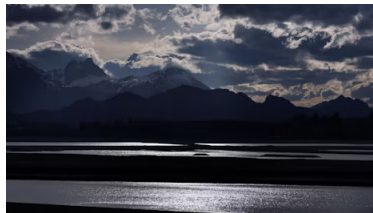
SZPlus Von Claudia Tieschky



Flughafen München Stiller Hilferuf rettet Frau aus Notsituation

Eine Reisende in Begleitung eines Mannes signalisiert am Gate mit einer internationalen Geste eine Notlage. Das Luft-hansa-Personal reagiert und alarmiert die Polizei.

Von Kerstin Vogel



Oberstdorf 67-Jähriger stirbt nach Absturz an der Höfats

Die Graswände der Höfats bei Oberstdorf gelten bei Bergsteigern als schwierig. Noch ist nicht klar, wie der Unfall passiert ist.



Gastronomie in Italien Kinder müssen draußen bleiben

Restaurants in Italien verhängen Zutrittsverbote für Kinder – ausgerechnet im Land der Nonnas und Mamas. Die Empörung ist groß.

SZPlus Von Julian Gerstner

VERLAGSANGEBOT

SZ Stellenmarkt**Entdecken Sie attraktive Jobs**

In anspruchsvollen Berufsfeldern im
Stellenmarkt der SZ.

Jetzt entdecken →

Medizin, Gesundheit & Soziales

Consulting & Beratung

Fahrzeugbau & Zulieferer

Tech. Management & Projektplanung

Forschung & Entwicklung

Tech. Entwicklung & Konstruktion

Marketing, PR & Werbung

IT/TK Softwareentwicklung

Vertrieb, Verkauf & Handel

Sie möchten die digitalen Produkte der SZ mit uns weiterentwickeln? Bewerben Sie sich jetzt! Jobs bei der SZ Digitale Medien

ANZEIGE

GUTSCHEINE

 SZ Gutscheine	 GALERIA	 eBay	 OTTO
Gutscheine & Angebote Die besten Rabatte im Überblick!	GALERIA Exklusiver 30% Gutschein	eBay 15% Gutschein auf neue Marken	OTTO 20€ Gutschein sichern



Zur SZ-Startseite

Süddeutsche Zeitung

00%